

Der Kranich fliegt wieder

Das Atomwaffenverbot kann zum Elchtest für die Glaubwürdigkeit europäischer Friedenspolitik werden

von Thomas Roithner

*Der Kranich ist nicht nur ein Symbol für Frieden und Atomwaffenabrüstung. In China steht der Kranich auch für die Weisheit. Weitsichtig reagierte die Friedensbewegung auf den NATO-Beitritt von Ungarn 1999. Wie sollten im Fall der Fälle über die nukleare Teilhabe der NATO Atomwaffen in das neue Mitgliedsland gelangen? Damals mangels gemeinsamer Grenze mit anderen NATO-Staaten etwa über Österreich? Auf die diesbezügliche Petition der Friedensbewegung legten die Parlamentsparteien noch eins drauf und beschlossen als Allparteiantrag im Verfassungsrang ein politisch kluges, jedoch absurd klingendes „atomfreies Österreich“, Atomwaffen **und** Atomkraftwerke. Wie sieht es heute mit einer solchen Weitsicht global aus?*

Gute Gründe für Beunruhigung gibt es allemal. „Great again“ will er die USA machen, u.a. durch die Verbesserung nuklearer Fähigkeiten. Und die russischen Atomwaffen sollen helfen, dass er wieder „Großmacht“ sein darf. Wenngleich unterschiedlich motiviert – die Modernisierung ihrer Nuklearpotenziale steht auf der Agenda. Auch in der EU wurden vereinzelt Stimmen laut, die sich Atomwaffen im europäischen Werkzeugkasten erträumen. Außenminister **Sebastian Kurz** – die ÖVP trommelte in den 1990er Jahren noch für die NATO – stellt Österreich an die Spitze jener Staaten, die sich heute für ein rechtlich bindendes Atomwaffenverbot einsetzen. Und die Chancen sind gut. Eine EU-Armee samt Atomwaffen wünscht sich die rot-weiß-rot-Partei FPÖ, die gleichzeitig die Neutralität und Global Zero begrüßt. Nicht ganz aus der Luft gegriffen scheint die Bemerkung des Schauspielers und Kabarettisten **Helmut Qualtinger**: „Österreich ist ein Labyrinth, in dem sich jeder auskennt.“

Lehrbücher kennen unterschiedliche Möglichkeiten, mit Atomwaffen umzugehen. Je mehr Staaten sie haben – so die Theorie –, desto mehr Respekt gibt es vor deren Einsatz und den Reaktionen der anderen Nuklearmächte. Die Mehrheit der Staaten widerspricht dem heute allerdings energisch. Völlig

unkontrollierbar sind die humanitären Folgen eines Einsatzes. Die Entwicklung neuer Generationen von Atomwaffen – nämlich im Gefechtsfeld einsetzbare – erhöhen zudem das Eskalationspotenzial. Dazu kommen noch nicht-staatliche Akteur_innen wie Terrororganisationen, die das Feld nicht überschaubarer machen.

Weitgehend wirkungslos ist der Ansatz, die Welt auf dem Weg zu Global Zero in Atomwaffenstaaten und nukleare Habenichtse einzuteilen. Die einen propagieren Abrüstung und schieben diese gleichzeitig auf die lange Bank. Zahlreichen Staaten, die in Richtung vollständige Abrüstung gemäß dem Nichtverbreitungsvertrag (NPT) arbeiten, reißt langsam der Geduldssaden. Abrüstung ja, aber wahrscheinlich nicht mehr zu meinen Lebzeiten und wir behalten unsere „guten“ Atomwaffen bis alle anderen ihre „bösen“ abgerüstet haben, so **Barack Obama** in Prag 2009 sinngemäß. Und **Donald Trump**: „very sad“ wäre auf Twitter zu lesen.

NATO und EU

Am Heiligen Abend in unserer Zeitzone wurde in New York bei der UN-Generalversammlung beschlossen, Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot aufzunehmen. Frohe Weihnachten! Alle an der UN-Generalversammlung teilneh-

menden NATO-Staaten – die niederländische Enthaltung ist eine Ausnahme – haben dies abgelehnt. 21 NATO-Staaten sind gleichzeitig auch EU-Staaten.

Das EU-Parlament ist mehrheitlich der Auffassung, die Mitgliedstaaten sollten die Vertragsverhandlungen „willkommen heißen“ und „konstruktiv teilnehmen“. Nicht zum ersten Mal haben diese Staaten eine NATO-Meinung und eine parlamentarische EU-Meinung, die sich tadellos widersprechen. Für manche Staaten existiert neben einer NATO-Realität ebenso eine parlamentarische EU-Realität. Militärische Bündnisloyalität sticht Wertegemeinschaft.

Es ist kein Zufall, dass die neutralen und paktfreien EU-Staaten *Österreich, Malta, Irland, Schweden* und *Zypern* zugestimmt haben. *Finnland* enthielt sich der Stimme. Ein Blick in die Geschichte der neutralen Staaten in Europa des letzten gut halben Jahrhunderts zeigt, dass Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle stets eine vorrangige Rolle eingenommen haben.

Hochinteressant scheinen die Begründungen für die Ablehnung der Resolution. Das NATO- und EU-Mitglied *Deutschland* – US-Atomwaffen sind über die nukleare Teilhabe der NATO in Deutschland stationiert – argumentiert beispiels-



weise damit, dass Verhandlungen ohne die Nuklearwaffenstaaten ineffektiv seien. Keine Atomwaffe würde abgerüstet werden, wenn die Atomwaffenstaaten nicht am Tisch sitzen. Deutschland bevorzugt ein schrittweises Abrüstungsvorgehen statt einem Verbot von Atomwaffen. Eine Initiative wie der Verbotsvertrag könne die Staaten-gemeinschaft sogar vom Ziel einer atomwaffenfreien Welt weiter weg-führen, so das Argument Deutschlands. *Warum?*

Ein Verbot könnte – so die Kritik am Verbotsvertrag – darüber hinaus den Nichtweiterverbreitungsvertrag (NPT) schwächen. Viele Staaten erklärten anlässlich der NPT-Konferenz Anfang Mai 2017 in der Wiener UNO-City, dass sich diese beiden Anliegen ergänzen und nicht konterkarieren. Wichtig sind Deutschland auch die Verifikations-möglichkeiten. Stimmig ist das deutsche Argument, weshalb Befürworter_innen eines Verbotsver-trages – so enthalten im Vertrags-entwurf vom 22.5.2017 – eine „*strikte und effektive internationale Kontrolle*“ für zentral erachten.

NATO-Nukleardoktrin

Mehr oder weniger deutlich werden Fragen der Bündnisloyalität angesprochen. Washington hat unter seinen NATO-Verbündeten über-deutlich für ein „*Nein*“ geworben. Ein Nuklearwaffenverbot – so die USA an ihre NATO-Verbündeten – würde den US-gestützten Ansatz unterminieren, Atomwaffen Stück für Stück abzurüsten.

Der Entwurf des Verbotsvertrages vom 22. Mai 2017 sieht nicht nur ein Verbot von Verwendung, son- dern auch von Entwicklung, Her- stellung, Beschaffung, Besitz oder Lagerung von Atomwaffen vor. Auch der Transfer, die Stationie- rung und die Weitergabe von Kon- trolle über Atomwaffen sind unter- sagt. Die nukleare Teilhabe der NATO ist mit diesem vorliegenden

Vertragsentwurf unmissverständ- lich unvereinbar.

Dicke Bretter

Was kann am Ende der Verhand- lungen stehen? Ein Verbotsvertrag, der von der Mehrheit der Staaten- gemeinschaft unterstützt wird. Der Haken wird sein, dass wesentliche Player – jene, die bisher der Abrüs- tungsaufforderung des Nicht- weiterverbreitungsvertrages (NPT) auch nicht nachgekommen sind – draußen stehen und auf den ersten Blick nichts gewonnen sein wird. Nicht gerade erleichternd ist, dass die offiziellen Nuklearwaffenstaaten allesamt einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der UNO haben.

Wichtig ist die Erkenntnis, dass die humanitäre Initiative und ein Ver- botsvertrag nur Teile des Erfolges sind. **Donald Trump, Wladimir Putin, Emmanuel Macron** oder **Theresa May** sollen ihre nuklearen Einsatzszenarien ihren internatio- nalen Partner_innen, ihrer Bevölke- rung und der Zivilgesellschaft im Kontext eines allgemeinen Verbots- vertrages erklären müssen.

Daraus erwachsen zweierlei Aufga- benfelder. Erstens, der anhaltende Druck auf jene Staaten, die lieber außerhalb eines künftigen Verbots- vertrages stehen. Ein Verbot ist ein wesentlicher Schritt, um eine wirk- lich globale Ächtung zu erreichen. Wie bei Biowaffen, Chemiewaffen oder Anti-Personen-Minen gibt es Staaten, die sich ins Abseits stellen. Staatliche und nichtstaatliche An- sätze können sich – die Ottawa- Konvention zum Verbot von Anti- Personen-Minen dient als Vorbild – auf dem Weg zu einem umfassenden Global Zero ausgezeichnet unterstützen.

Die zweite nicht minder komplexe Aufgabe ist jene, die vorherrschende Definitionsmacht von einer Sicherheitslogik in Richtung einer Friedenslogik zu lenken. Das Gewaltverbot der Vereinten Natio-

nen ist dabei ein höchst brauchba- res Vehikel. Der aktuell in Europa zu beobachtenden Versicherheitli- chung unterschiedlicher Politikbe- reiche sind jene global arbeitenden Institutionen gegenüberzustellen, die nicht nur die Sicherung der Wirtschaftsinteressen der ohnehin ökonomisch reichen Staaten auf dem Radar haben. Auch die im Rahmen der OSZE gewonnenen Expertisen zum zivilen Krisenma- nagement und zur zivilen Krisen- prävention scheinen heute zu we- nig Berücksichtigung zu finden.

Zudem zeigt das Beispiel der Ver- handlungen um ein Atomwaffenver- bot, dass die neutralen und pakt- freien Staaten innerhalb der EU (*Österreich, Schweden, Finnland, Irland, Malta und Zypern*) ihr Potenzi- al nicht ausschöpfen, um zivile Kapazitäten und konfliktursachen- orientierte Ansätze im Rahmen der EU zu forcieren. Der Blick durch die nukleare Abrüstungsbille auf die EU-Staaten zeigt aber auch die bit- tere Erkenntnis, dass Fortschritte in der internationalen Politik mitunter gerade jenseits des Tellerrandes der EU erzielt werden können. Mit den globalen Verhandlungen um ein Atomwaffenverbot ist eine wich- tige Etappe erreicht: Der Kranich fliegt wieder.



Thomas Roithner ist Friedensfor- scher und Privatdozent für Politik- wissenschaft an der Universität Wien. Sein jüngstes Buch „Märkte, Macht und Muskeln. Die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Österreichs und der Europäischen Union“ erschien im Frühjahr 2017. www.thomasroithner.at